

## **DIE EU NACH DEM BREXIT-REFERENDUM: ZEIT FÜR EINEN NEUANFANG**

Die EGP bedauert die Entscheidung einer Mehrheit der britischen Wählerinnen und Wähler, die EU zu verlassen, und ist der Auffassung, dass sich diese Entscheidung sowohl für die EU als auch für das Vereinigte Königreich negativ auswirken wird.

Wir weisen ferner darauf hin, dass die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in Schottland (62 %), Nordirland (56 %) und Gibraltar (96 %) für einen Verbleib in der EU gestimmt haben. Damit widersprachen sie deutlich der Mehrheit der Bevölkerung in England und Wales, die für einen Ausstieg stimmten, aber aufgrund der relativen Bevölkerungsgröße bedeutet dies wohl, dass die Menschen in Schottland, Nordirland und Gibraltar die EU gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung verlassen müssen. Besondere Bedenken bestehen unter den Menschen in Nordirland und der Republik Irland, für die die Auswirkungen einer EU-Außengrenze noch gravierendere Sicherheitsprobleme darstellen könnten.

Die Kampagne für das Referendum, die zum Großteil erbittert und mit falschen Behauptungen geführt wurde und die Fremdenfeindlichkeit angestachelt hat, hat ein äußerst gespaltenes Land offenbart: ein Land, das seit Jahren damit zu kämpfen hat, angesichts der vielfachen Herausforderungen der Globalisierung eine gerechte wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, und das durch eine sozial ungerechte und kurzfristige Regierungspolitik sowie internen Kämpfen in der regierenden Conservative Party geschwächt ist. Die EGP verurteilt den Anstieg gewalttätiger Angriffe auf Minderheiten, EU-Bürgerinnen und Bürger und Angehörigen anderer Drittstaaten und deren Eigentum, zu denen es nach dem Referendum kam.

Die britische Regierung war bisher nicht in der Lage oder nicht bereit, einen klaren Kurs hinsichtlich ihrer beabsichtigten künftigen Beziehung zur EU einzuschlagen. Obwohl wir der Auffassung sind, dass die Menschen in Schottland, Nordirland und Gibraltar ihren Vertretern ein klares Mandat zum Verbleib in der Europäischen Union erteilt haben, ist es völlig unklar, wie die Wünsche der Wählerinnen und Wähler in diesen Ländern in die Verhandlungen berücksichtigt werden. Eine starke Fraktion innerhalb der Conservative Party zielt scheinbar auf eine tiefgreifende Zerschlagung mit dem Rest der EU ab. Es ist bereits offensichtlich, dass das Brexit-Referendum sowohl für das Vereinigte Königreich als auch für die anderen 27 Mitgliedstaaten negative Auswirkungen haben wird.

Wir fordern daher:

1. Die erste und wichtigste Priorität für die EU muss es nun sein, die EU im Brexit-Prozess und darüber hinaus zusammenzuhalten. Wir müssen die divergierenden Interessen der verschiedenen Mitgliedstaaten mit einer starken gemeinsamen Verhandlungsposition in Einklang bringen. Es muss klar sein, dass die Grundwerte und alle Gründungsprinzipien der EU-Verträge nicht infrage gestellt werden dürfen.
2. Es müssen alle Optionen geprüft werden, um zu gewährleisten, dass Schottland, Nordirland und Gibraltar mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern ihre Mitgliedschaft in der EU beibehalten können.
3. Wenn die britischen Wählerinnen und Wähler zu irgendeinem Zeitpunkt den nach dem Brexit-Referendum eingeschlagenen Kurs umkehren möchten, sollte die EU bereit sein, das Vereinigte Königreich wieder aufzunehmen.
4. Wir müssen das Brexit-Verfahren äußerst vorsichtig angehen, sodass es kein Präzedenzfall wird, der andere Mitgliedsstaaten dazu ermutigt, die EU ebenfalls zu verlassen. Die Vereinbarung, das Vereinigte Königreich aus der EU zu führen, sollte für beide Seiten gerecht verhandelt werden, und zwar mit voller Transparenz und unter Beteiligung gewählter Vertreterinnen und Vertreter der EU und des Vereinigten Königreichs. Wir möchten, dass der Europäische Rat die Europäische Kommission damit beauftragt, die Verhandlungen unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments zu leiten.

5. Die britische Regierung sollte Vertreterinnen und Vertreter der dezentralisierten Verwaltungen in Schottland, Nordirland und Wales direkt in die Verhandlungen einbinden. Wir wollen, dass die Verhandlungen eine Partnerschaft neu definieren, die das Vereinigte Königreich und die EU so eng wie möglich zusammenhält und die Zukunft der EU nicht gefährdet. Die Stimmen von 48,1 % der britischen Bürgerinnen und Bürger, die für einen Verbleib gestimmt haben, sollten berücksichtigt werden.

6. Es liegt im Interesse sowohl der EU- als auch der britischen Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigten, Studierenden und Wirtschaftsakteure, dass die Vereinbarung ihre derzeitigen Rechte und Freiheiten nicht einschränkt. Die Einführung von Hürden und Hindernissen für das alltägliche Leben der Bürgerinnen und Bürgern und der Bewohnerinnen und Bewohner sowie für ihre Geschäfte und Tätigkeiten darf nicht das Ergebnis eines schlecht geführten und verfehlten Versuchs sein, „die Souveränität zurückzuerobern“. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir, dass die vier Freiheiten (freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr) untrennbar miteinander verbunden sind und wir jeden Deal ablehnen werden, der einseitig die Dienstleistungsfreiheit und den freien Waren- und Kapitalverkehr ohne die Personenfreizügigkeit ermöglicht. Wir werden auch die Vorschläge des Vereinigten Königreichs bezüglich der Europäischen Menschenrechtskonvention und des Le-Touquet-Abkommens (das britischen Beamten erlaubt, in Calais Grenzkontrollen durchzuführen, und den französischen Beamten gestattet, dies in Dover zu tun) aufmerksam verfolgen.

7. Wir lehnen die Absicht der britischen Regierung ab, die wirtschaftliche Zukunft des Vereinigten Königreichs auf die Schaffung eines Steuerparadieses für multinationale Konzerne und reiche Einzelpersonen, auf die Senkung der Sozialstandards, die innerhalb der EU eingeführt wurden, oder auf die Außerkraftsetzung umweltpolitischer Ziele und Standards zu stützen, für die wir so lange gekämpft haben. Wir sind der Auffassung, dass der Trend im Vereinigten Königreich, seine wirtschaftliche Zukunft auf unlauterem Steuerwettbewerb und Sozialdumping zu stützen, wovon vor allem Großunternehmen profitieren würden, und jeder Versuch zur Schaffung eines Steuerparadieses, sowohl in Großbritannien als auch in der EU nur zu mehr Steuerungerechtigkeit und weniger Wohlstand führen wird. Wir kämpfen für das Recht aller, auch von jungen Menschen, Studierenden, Lehrlingen, Forscherinnen und Forschern, jungen Unternehmerinnen und Unternehmern wie auch Beschäftigten, weiterhin volle Reisefreiheit und Zugang zu Austauschprogrammen in ganz Europa zu haben.

8. Das Ergebnis des EU-Referendums beeinflusst bereits das Leben von drei Millionen EU-Bürgerinnen und Bürgern, die im Vereinigten Königreich, und 1,3 Millionen Britinnen und Briten, die in der EU leben. Die Grünen fordern, dass alle EU-Bürgerinnen und Bürger, die derzeit im Vereinigten Königreich leben, all ihre Rechte behalten, die sie derzeit im Vereinigten Königreich besitzen. Dies muss auf EU-Ebene verhandelt werden und sollte darauf abzielen, entsprechende Rechte für in der EU lebende Britinnen und Briten zu schaffen.

9. Die EGP unterstützt die Haltung der EU-Institutionen, dass die Verhandlungen über den Brexit erst nach der offiziellen Anrufung von Artikel 50 durch die britische Regierung beginnen können. Die künftige Vereinbarung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich muss umfassend und weitgehend sein, darf aber nicht gegen den gemeinschaftlichen Besitzstand verstoßen. Im Zuge dieser Verhandlungen wollen wir, dass die EU auch in Zukunft auf eine starke Zusammenarbeit drängt, die über die Fragen des Binnenmarkts hinausgeht, etwa in den Bereichen Klimapolitik, Umweltschutz, Migration, innere Sicherheit, Anti-Terrorismus, Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit, internationale Rechtsstaatlichkeit und Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte.

## ZUKUNFT DER EU / NEUANFANG

10. Die Europäische Union war und ist ein Projekt des Friedens, das Grenzen und Nationalismus überwinden und Menschen zusammenführen möchte. Wir sind entschlossen, ihre Errungenschaften im Hinblick auf unsere gemeinsamen europäischen Werte, die Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Entwicklung zu verteidigen und uns weiterhin dafür einzusetzen, dass die EU die beste Regierungsebene ist, um die großen Herausforderungen von heute wie Klimawandel und Globalisierung zu bewältigen. In den letzten Jahren hat die EU jedoch zunehmend für viele ihrer Bürgerinnen und Bürger die Fähigkeit verloren, sie vor Verarmung und Unsicherheit zu schützen und zu zeigen, dass die Politik auf EU-Ebene das allgemeine Interesse berücksichtigt, und bei solch wichtigen Fragen wie Migration und Sicherheit positive Entscheidungen treffen kann.

11. Die EGP ist der Auffassung, dass heute nicht nur die Ambitionen der EU, einen gemeinsamen europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit, des Wohlstands und der Demokratie zu schaffen und zu stärken, in Frage gestellt werden. Es ist die Idee einer gemeinsamen Zukunft, der gemeinsamen Souveränität und demokratischer Werte, die untergraben wird. Eine Folge hiervon sind auch die zunehmenden Angriffe auf Minderheiten, Oppositionskräfte und unabhängige Medien sowie ein weitverbreitetes Schlechtreden der EU seitens populistischer Kräfte und Regierungen.

12. Angesichts der zunehmenden Welle des Populismus nehmen viele europäische politische Entscheidungsträger die intolerante Sündenbock-Rhetorik der extremen Rechten an. Dies ist eine Bedrohung für ein demokratisches und vielfältiges Europa. Gegen rechte und populistische Bewegungen vorzugehen, die feindliche Atmosphäre, mit der Minderheiten derzeit konfrontiert sind, zu bekämpfen und an der Seite marginalisierter Gruppen zu stehen, ist eine Frage der gemeinsamen Verantwortung. Mehr denn jemals zuvor sind soziale und politische Bündnisse gegen die extreme Rechte erforderlich, um diesem Trend entgegenzuwirken und die Werte eines solidarischen Europas zu fördern.

13. Aus diesem Grund möchte die EGP, dass die EU einen „Neuanfang“ wagt, um den Bürgerinnen und Bürgern glaubwürdige Lösungen bieten zu können. Es ist möglich, eine Politik zu verfolgen, die zum Ziel hat, das Problem der anhaltenden wirtschaftlichen Unsicherheit und des zunehmenden Gefühls nicht vorhandener Sicherheit zu lösen, die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, das ökologische Umdenken unserer Volkswirtschaften voranzutreiben und auf die verzweifelten Bedürfnisse der Menschen einzugehen, die vor Krieg und Elend fliehen. Solche Lösungen müssen eine Alternative zu der Mainstream-Politik sein, die heute von einer wachsenden Anzahl nationaler Regierungen betrieben wird. Ob es sich um Mitgliedstaaten oder die von Jean-Claude Juncker geleitete Kommission handelt: Wir werden uns gegen eine Politik wehren, die Sozial- und Staatsbürgerschaftsrechte einschränkt, die Grenzen verschließt, mittels Deregulierung nach Wettbewerbsfähigkeit strebt und unsere Fähigkeit einschränkt, als europäische Bürgerinnen und Bürger gemeinsam zu handeln.

14. Damit die EU einen Neuanfang starten kann, muss sie sich ändern. Wir müssen den Prozess für eine demokratische Reform in einem institutionellen Rahmen einleiten, der sich derzeit auf zwischenstaatliche Verfahren konzentriert und dem es an Transparenz und staatlicher Beteiligung an den Entscheidungsprozessen mangelt. Wir sind für ein starkes Parlament, das zum Teil auf der Grundlage europäischer Listen besteht. Wir sind auch weiterhin überzeugt, dass die Demokratie auf allen Ebenen in Europa ausgebaut werden kann. Angesichts der Gefahr eines Zusammenbruchs muss die Politik Europas mehr Effizienz, Transparenz und Verantwortung schaffen. Die EGP lehnt den Mythos ab, dass es notwendig sei, die EU aufzulösen, um die wichtigsten Entscheidungen wieder in die eigenen Hände zu nehmen und die Herausforderungen der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit zu bewältigen – ganz im Gegenteil.

15. Wir sehen 5 Bereiche des gemeinsamen Handelns, die eine wichtige Rolle bei der Wiedererlangung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger spielen müssen:

- Wir brauchen einen Paradigmenwechsel vom Sparkurs hin zu Investitionen, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Aufbau einer „Transformationsunion“, die vor dem Hintergrund der Bedrohungen des Klimawandels den notwendigen grünen wirtschaftlichen Wandel vorantreibt. Wir wollen die Energie- und Klimaunion auf der Grundlage erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen zu einem zentralen Element eines gestärkten europäischen Integrationsprojekts machen. Die EU sollte endlich die Versprechungen der Kommission hinsichtlich der Schaffung eines „sozialen Europas“ einhalten, einschließlich einer effektiven Verteilung der verfügbaren Mittel zur Bekämpfung von Armut, unsicheren Arbeitsplätzen und sozialer Ausgrenzung. Die Mitgliedstaaten müssen dringend das Prinzip eines fairen Lohns für faire Arbeit gewährleisten.

- Wir brauchen mehr europäische Zusammenarbeit im Bereich der inländischen und ausländischen Sicherheit und fordern, dass die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte nicht als Hindernis, sondern als Grundlage für eine solche Zusammenarbeit angesehen wird.

- Die EU muss auch weiterhin gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, unfaire Steuerschlupflöcher und Steueroasen kämpfen, weil es offensichtlich leichter ist, Großkonzerne und reiche Einzelpersonen dazu zu bringen, ihren angemessenen Beitrag zu zahlen, wenn die EU-Mitgliedsstaaten geschlossen handeln. Dies würde dazu beitragen, den Wohlfahrtsstaat zu finanzieren und die soziale Sicherheit – einschließlich Arbeitslosenversicherung, öffentliche Gesundheit, Renten und grundlegende soziale Sicherheit – zu stärken.

- Angesichts der Tatsache, dass es derzeit sehr schwierig ist, auf EU-Ebene einen einheitlichen Ansatz für eine humanitäre Flüchtlings- und Migrationspolitik zu finden, sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Länder, die in dieser Frage eine progressivere Haltung einnehmen, den Stillstand überwinden, indem sie eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des Rechtsrahmens der EU unter Einbeziehung der Kommission und des Europäischen Parlaments anstreben. Darüber hinaus spricht sich die EGP dafür aus, einen Mechanismus einzuführen, der Länder die eine Verteilung von Flüchtlingen akzeptieren unterstützt, und die anderen zu ermutigen, ihre Entscheidung zu überdenken, sich nicht an der Verteilungsregelung die auf Grundlage des Kommissionsvorschlags beschlossen wurde zu beteiligen. Es muss Konsequenzen haben, wenn ein Mitgliedstaat seinen Teil der Verantwortung nicht übernimmt.

- Junge Menschen sind die leidenschaftlichen Fürsprecher unserer gemeinsamen europäischen Zukunft. Die EU kann es sich nicht leisten, junge Menschen im Stich zu lassen, indem sie nicht auf ihre Bedürfnisse eingeht. Es muss daher eine Jugendpolitik betrieben werden, bei der der konsequente Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit im Vordergrund steht, die noch immer bei etwa 20 % liegt. Darüber hinaus müssen wir die Zusammenarbeit und den Austausch über Erasmus+ und andere Programme zwischen jungen Menschen in Europa verstärken. Wir wollen Ideen wie das kostenlose Interrail-Ticket für junge Europäerinnen und Europäer vorantreiben, um Europa für die junge Generation real zu machen.

14. Die EGP beabsichtigt, ein aktiver Teil und Förderer einer breiten Allianz zwischen Zivilgesellschaften, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und progressiven politischen Kräften zu sein, um Europa aus der Krise hin zu einer effizienten, vielschichtigen Demokratie zu führen. Das supranationale Kompetenzniveau muss mit adäquaten Ressourcen ausgestattet werden. Wie die große Mobilisierung gegen TTIP, die zunehmende Bedeutung von Kampagnen wie z. B. Divestment und die wichtige Einbindung lokaler Behörden und Bürgerinnen und Bürger zum Wohle von Migranten und Flüchtlingen in vielen Ländern zeigen, können Entscheidungsprozesse beeinflusst und bereits getroffene Entscheidungen rückgängig gemacht werden. Der Aufbau solcher Bündnisse und die Mobilisierung zugunsten einer demokratischen Reform der EU stellen für die EGP eine große Herausforderung und Priorität für die kommenden Jahre dar.